



Niederschrift

über die 27. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 28.06.2017, 17:00 Uhr, im Ratssaal,
Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Kurt Pirmann

Stadtvorstand

Bürgermeister Rolf Franzen

Beigeordneter Henno Pirmann

Ortsvorsteher/in

Andreas Hüther (OV Oberauerbach)

Reinhard Kunze (OV Wattweiler)

Susanne Murer (OVin Mörsbach)

Isolde Seibert (OVin Rimschweiler)

Ratsmitglieder

Ibrahim Al-Saffar

Gerhard Burkei

Evelyne Cleemann

Pascal Dahler

Judith Dahlhauser

Kurt Dettweiler

Bernhard Düker

Thomas Eckerlein (ab TOP 2, 17:04 Uhr)

Christian Fochs

Christian Gauf

Thorsten Gries

Gerhard Hemmer

Ingrid Kaiser

Annegret Kirchner

Hannelore Krauskopf

Stephane Moulin

Volker Neubert (ab TOP 6.1, 17:13 Uhr)

Matthias Nunold

Dr. Wolfgang Ohler

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Dr. Norbert Pohlmann
Fritz Presl
Josef Reich
Walter Rimbrecht
Achim Ruf
Dr. Dietmar Runge (bis Ende öffentlicher Teil, 18:30 Uhr)
Gertrud Schanne-Raab
Gertrud Schiller
Bernhard Schneider
Dirk Schneider
Peter Schönborn
Elke Streuber
Pervin Taze
Gabriele Vogelgesang
Manfred Weber
Sabine Wilhelm

Protokollführung

Alessa Buchmann

von der Verwaltung

Werner Boßlet (UBZ)
Heinz Braun (Pressestelle)
Werner Brennemann (Stadtwerke)
Dr. Annegret Bucher (Rechtsamt)
Benedikt Burkey (Rechnungsprüfungsamt)
Thomas Deller (Schulverwaltungs- und Sportamt)
Dr. Julian Dormann (Kämmerei)
Harald Ehrmann (Bauamt)
Hermann Eitel (Bauamt)
Jörg Eschmann (Haupt- und Personalamt)
Martin Gries (Schulverwaltungs- und Sportamt)
Heike Heb (Personalrat)
Horst Heinrich (Stadtwerke)
Jörg Klein (Jugendamt)
Johannes Kuhn (Haupt- und Personalamt)
Christian Michels (Bauamt)
Kathrin Stegner (Anwärterin Haupt- und Personalamt)

Abwesend:

Ratsmitglieder

Hedi Danner
Dr. Christoph Gensch
Maria Goos-Hoefer
Elisabeth Metzger
Christina Rauch

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Tagesordnung

- 1 Wechsel im Vorsitz der Trägerversammlung des Jobcenters und in der Geschäftsführung
Vorlage: 10/0812/2017
- 2 Ergänzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 10/0798/2017
- 3 Festlegung des Termins für die Wahl der Ortsvorsteherin/des Ortsvorstehers des Ortsbezirks Wattweiler
Vorlage: 10/0791/2017
- 4 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen
Vorlage: 20/0792/2017
- 5 Konzessionsvertrag gem. § 46 Abs. 3 Energiewirtschaftsgesetz
Neuabschluss mit Stadtwerke Zweibrücken GmbH
Vorlage: 20/0782/2017
- 6 Vergabeangelegenheiten:
 - 6.1 Vergabeangelegenheit:
Mittagsverpflegung an Ganztagschulen der Stadt Zweibrücken
Vorlage: 40/0811/2017
 - 6.2 Erneuerung der Terrasse der Kita „Regenbogen“ in Zweibrücken-Mittelbach;
Vergabe der Stahlbauarbeiten
Vorlage: 60/0816/2017
- 7 Umwandlung der bisherigen Teilzeitplätze im Hortbereich der Kita Mittelbach in Regelhortplätze
Vorlage: 51/0773/2017
- 8 Städt. Richtlinie zur Gewährung von Zuschüssen an die Träger der freien Jugendhilfe zu den Kosten der Modernisierung und Instandsetzung von Kindertagesstätten in der Stadt Zweibrücken;
Zuschussantrag zu den Kosten der Durchführung von Schallschutzmaßnahmen in der Integrativen Kita Heiligentalstraße, Heiligentalstraße 17, Zweibrücken-Bubenhausen;
Antragsteller: Verbund der prot. Kindertagesstätten in der Stadt Zweibrücken e.V. für die Prot. Kirchengemeinde Zweibrücken-Ernstweiler
Vorlage: 51/0799/2017
- 9 Sanierungsgebiet „Innenstadt/Herzogvorstadt“ (SAN I, einfaches Sanierungsgebiet) und Sanierungsgebiet „Obere Vorstadt/Bereich Luitpoldstraße“ (SAN II, klassisches Sanierungsgebiet)
„Soziale Stadt - entlang des Hornbachs / Breitwiesen“
Generelle Regelung der Zuschusshöhe bei Modernisierungsvereinbarungen
Vorlage: 60/0774/2017

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

- 10 Wohnplatzbezeichnung;
Aussiedlerhof des Herrn Ruf in Mörsbach
Vorlage: 60/0785/2017
- 11 Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Teiländerung des Bebauungsplanes ZW 126-5 „Östlich der Amerikastraße,
Teiländerung 5" im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB
- Aufstellungsbeschluss gem. § 13 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 1 BauGB
- Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
gem. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB
- Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB (Öf-
fentliche Auslegung)
Vorlage: 60/0802/2017
- 12 Einvernehmen bzw. Anhörung der Gemeinde;
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes
Planfeststellungsverfahren BAB A 8 Neue Anschlussstelle, B 423 Ortsumgehung
Schwarzenbach und Schwarzenacker
Stellungnahme im Rahmen der Anhörung gem. §73 (3a) VwVfG
Vorlage: 60/0807/2017
- 13 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden
Vorlage: 10/0813/2017
- 14 Antrag der CDU-Fraktion: Umfassende Information des Stadtrates über die aktuelle
Sachlage und das weitere geplante Vorgehen der Stadt Zweibrücken bezüglich der
Bebauungen im Außenbereich im Ortsteil Rimschweiler
Vorlage: 10/0771/2017
- 15 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Information über voraussichtliche In-
halte des Bebauungsplans "Truppacher Höhe" und den Verfahrensstand;
Möglichkeit der Diskussion
Vorlage: 10/0809/2017
- 16 Anfragen von Ratsmitgliedern
- 17 Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Punkt 1: **Wechsel im Vorsitz der Trägerversammlung des Jobcenters und in**
(öffentlich) **der Geschäftsführung**
 Vorlage: 10/0812/2017

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Die Stadt Zweibrücken übernimmt nach Ausscheiden der bisherigen Leitung die Geschäftsführung des Jobcenters zum 1. Oktober 2017. Dementsprechend übernimmt die Agentur für Arbeit den Vorsitz in der Trägerversammlung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:

Amt 10

Amt 50

II

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Punkt 2: **Ergänzung von Ausschüssen und Gremien**
(öffentlich) **Vorlage: 10/0798/2017**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Frau Gertrud Schanne-Raab wird als Nachfolgerin für Herrn Wolfgang Beer in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Entwicklungsgebiet Flugplatz gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	1

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil. Ratsmitglied Schanne-Raab enthält sich bei diesem Punkt.

Verteiler:

Amt 10

Amt 30

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Punkt 3: **Festlegung des Termins für die Wahl der Ortsvorsteherin/des**
(öffentlich) **Ortsvorstehers des Ortsbezirks Wattweiler**
 Vorlage: 10/0791/2017

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Als Termin der Urwahl wird der 24. September 2017 und als Termin einer etwa notwendig werdenden Stichwahl der 15. Oktober 2017 festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 10

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Punkt 4: **Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen /**
(öffentlich) **Auszahlungen**
 Vorlage: 20/0792/2017

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Den Anträgen der Ämter gemäß Anlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 20

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Punkt 5: **Konzessionsvertrag gem. § 46 Abs. 3 Energiewirtschaftsgesetz**
(öffentlich) **Neuabschluss mit Stadtwerke Zweibrücken GmbH**
 Vorlage: 20/0782/2017

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschlussvorschlag:

Dem Abschluss des Konzessionsvertrages zwischen der Stadt Zweibrücken und der Stadtwerke Zweibrücken GmbH über die allgemeine Versorgung mit Strom, Gas und Wasser im Stadtgebiet der Stadt Zweibrücken wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 20
Amt 81

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Punkt 6:
(öffentlich)

Vergabeangelegenheiten:

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Punkt 6.1: **(öffentlich)**

Vergabeangelegenheit: **Mittagsverpflegung an Ganztagschulen der Stadt Zweibrücken** **Vorlage: 40/0811/2017**

Ratsmitglied Wilhelm und Bürgermeister Franzen begeben sich als Mitglieder des Vorstandes des ASB in den Zuschauerraum.

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und gibt auf Rückfrage hin an, dass die Verwaltung zur Preiskalkulation der einzelnen Bieter keine Informationen habe.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Auftrag zur Durchführung der Mittagsverpflegung für die Ganztagschulen Herzog-Wolfgang-Realschule Plus, Grundschule Pestalozzischule und Grundschule Hilgardschule wird auf Basis des Angebotes vom 14.06.2017 an den Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) vergeben.

Der Auftrag zur Durchführung des Mittagessens im Rahmen der Schulverpflegung für die Ganztagschule Helmholtz-Gymnasium wird auf Basis des Angebotes vom 14.06.2017 an die DSG Betriebs- und Schulverpflegung GmbH vergeben.

Die Verwaltung wird ermächtigt entsprechende Verträge abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 40

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Punkt 6.2: Erneuerung der Terrasse der Kita „Regenbogen“ in Zweibrücken-Mittelbach;
(öffentlich) Vergabe der Stahlbauarbeiten
Vorlage: 60/0816/2017

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und gibt an, dass die Maßnahme während der Ferien umgesetzt werden soll.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Der Auftrag für die Stahlbauarbeiten wird an den günstigsten Bieter, die Firma STAHL-TECH Inh. Inka Eyer, Saarpfalz-Park 110, 66450 Bexbach zum Angebotspreis von brutto 83.065,57 € vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Punkt 7:
(öffentlich)

**Umwandlung der bisherigen Teilzeitplätze im Hortbereich der
Kita Mittelbach in Regelhortplätze
Vorlage: 51/0773/2017**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Die Angebotsform Teilzeit-Hort in der Kita „Regenbogen“ Mittelbach wird aufgehoben und künftig wieder alle zu vergebenden Plätze als Regelhortplätze angeboten.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 51

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Punkt 8: **(öffentlich)**

**Städt. Richtlinie zur Gewährung von Zuschüssen an die Träger der freien Jugendhilfe zu den Kosten der Modernisierung und Instandsetzung von Kindertagesstätten in der Stadt Zweibrücken;
Zuschussantrag zu den Kosten der Durchführung von Schallschutzmaßnahmen in der Integrativen Kita Heiligentalstraße, Heiligentalstraße 17, Zweibrücken-Bubenhausen;
Antragsteller: Verbund der prot. Kindertagesstätten in der Stadt Zweibrücken e.V. für die Prot. Kirchengemeinde Zweibrücken-Ernstweiler
Vorlage: 51/0799/2017**

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Bürgermeister Franzen.

Bürgermeister Franzen führt die Vorlage aus.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Prot. Kirchengemeinde Zweibrücken-Ernstweiler wird zur Durchführung von notwendigen Schallschutzmaßnahmen in der Prot. Integrativen Kita Heiligentalstraße ein Zuschusses in Höhe von 14.789,56 € gewährt.

Die Haushaltsmittel stehen bei Produkt 36.5.001.00 „Tageseinrichtungen für Kinder“, Sachkonto 54149000 (bewirtschaftende Stelle: Stadtkämmerei) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:

Amt 51

Amt 20

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Punkt 9: **(öffentlich)**

**Sanierungsgebiet „Innenstadt/Herzogvorstadt“ (SAN I, einfaches Sanierungsgebiet) und Sanierungsgebiet „Obere Vorstadt/Bereich Luitpoldstraße“ (SAN II, klassisches Sanierungsgebiet)
„Soziale Stadt - entlang des Hornbachs / Breitwiesen“
Generelle Regelung der Zuschusshöhe bei Modernisierungsvereinbarungen
Vorlage: 60/0774/2017**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Die Förderung von Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an privaten Gebäuden erfolgt im Regelfall in Höhe von 20% der berücksichtigungsfähigen Kosten bis zu einem maximalen Zuschuss von 30.000 €. Abweichungen vom Prozentsatz erfolgen nur in besonderen Ausnahmefällen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Punkt 10:
(öffentlich)

**Wohnplatzbezeichnung;
Aussiedlerhof des Herrn Ruf in Mörsbach
Vorlage: 60/0785/2017**

Ratsmitglied Ruf begibt sich für diesen Tagesordnungspunkt in den Zuschauerraum.

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt dem Anliegen des Herrn Ruf stattzugeben und den Aussiedlerhof „**Bannsteinhof**“ zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60
Amt 10.2

Punkt 11:
(öffentlich)

**Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Teiländerung des Bebauungsplanes ZW 126-5 „Östlich der Amerikastraße,
Teiländerung 5" im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB
- Aufstellungsbeschluss gem. § 13 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 1 BauGB
- Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB
- Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung)
Vorlage: 60/0802/2017**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und informiert, dass die im Bau- und Umweltausschuss angeregte Zulassung von Dachbegrünung noch geprüft werde.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes ZW 126-5 „Östlich der Amerikastraße, 5. Teiländerung“ im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist dem beiliegenden Lageplan (Anlage 2) zu entnehmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB zu beteiligen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB zu beteiligen (Öffentliche Auslegung).

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Punkt 12: **(öffentlich)**

**Einvernehmen bzw. Anhörung der Gemeinde;
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des
Saarlandes
Planfeststellungsverfahren BAB A 8 Neue Anschlussstelle, B 423
Ortsumgehung Schwarzenbach und Schwarzenacker
Stellungnahme im Rahmen der Anhörung gem. §73 (3a) VwVfG
Vorlage: 60/0807/2017**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat erklärt sich mit der Abgabe folgender Stellungnahme im Rahmen der Anhörung gem. §73 (3a) VwVfG einverstanden:

Der Stadtrat der Stadt Zweibrücken hat sich in seiner Sitzung am ... mit dem vorgelegten Planfeststellungsentwurf für die BAB A 8 Neue Anschlussstelle und B 423 Ortsumgehung Schwarzenbach und Schwarzenacker befasst.

Die Stadt Zweibrücken begrüßt es, dass bei der Planung die angestrebte Reaktivierung der Bahntrasse durch eine planfreie Kreuzung der Trasse berücksichtigt wurde. Das Brückenbauwerk sollte so dimensioniert werden, dass auch eine Elektrifizierung der Strecke realisiert werden kann.

Die Stadt Zweibrücken hat ansonsten keine weiteren Anregungen zum Planfeststellungsentwurf.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Punkt 13: **Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden**
(öffentlich) **Vorlage: 10/0813/2017**

Ratsmitglied Schanne-Raab begibt sich für diesen Tagesordnungspunkt in den Zuschauer-
raum.

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Annahme folgender Spende wird zugestimmt:

Die Stiftung der Sparkasse Südwestpfalz spendet dem Jugendamt 2.500,00 € für das Begeg-
nungsfest der Kulturen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Verteiler:

Amt 10.2

Amt 20

Amt 51

Punkt 14:
(öffentlich)

Antrag der CDU-Fraktion: Umfassende Information des Stadtrates über die aktuelle Sachlage und das weitere geplante Vorgehen der Stadt Zweibrücken bezüglich der Bebauungen im Außenbereich im Ortsteil Rimschweiler
Vorlage: 10/0771/2017

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Herr Fochs, CDU-Fraktion, bittet um Information zum Sachstand und weiteren Vorgehen und darum, mit den betroffenen Bürgern nach Möglichkeit eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dem Stadtrat lediglich ein Informationsrecht zustünde, da es sich um eine reine Auftragsverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz handle. Im Vorfeld habe es unzählige Termine und Gespräche mit den Anwohnern mit dem Ziel einer gütlichen Einigung und Vorschlägen zur Entspannung der Situation gegeben. Es gab Termine beim Bürgerbeauftragten des Landes, bei der Ministerpräsidentin, Gespräche mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und der Struktur- und Genehmigungsdirektion. Alle seien zu dem Ergebnis gekommen, dass es sich hier um einen Fall handle, bei dem sich alle an das Gesetz halten und die entsprechenden Maßnahmen umsetzen müssten. Alle Termine und Gespräche seien dokumentiert. Es gäbe keine Möglichkeit, in ein laufendes Verfahren einzugreifen und einschlägige Urteile der Gerichte, die für die Stadt bindend seien.

Eine Tischvorlage mit markierten Rechtsgrundlagen wird ausgeteilt und ist im Ratsinformationssystem zu diesem Punkt hinterlegt.

Frau Dr. Bucher verweist zum Sachstand der anhängigen Verfahren auf die Verfügungen des Bauamtes von August 2016, gegen welche seitens der Adressaten Eilrechtsschutz beim Verwaltungsgericht ersucht worden sei. Die Anträge seien aufgrund der Annahme des Gerichts, dass die Verfügungen der Verwaltung rechtmäßig seien, abgelehnt worden, woraufhin die Antragssteller das OVG angerufen hätten. Dieses habe die aufschiebende Wirkung der Widersprüche gegen die Verfügung wiederhergestellt, weil in summarischen Verfahren nicht mit letzter Sicherheit zu klären wäre, ob die Verfügungen rechtmäßig seien. Dies müsse in einem Hauptsacheverfahren entschieden werden. Der Stadtrechtsausschuss habe die Widersprüche zurückgewiesen, wogegen gestern die Klagen beim Verwaltungsgericht eingegangen seien. Damit befände man sich aktuell im Hauptsacheverfahren. Das Verwaltungsgericht werde vermutlich innerhalb der nächsten drei Monate terminieren und über die Widerspruchsbescheide entscheiden.

Herr Michels ergänzt, dass sich das Gebiet zwischen Forstberg- und Bahnhofstraße befände und dies in die Untersuchungen einbezogen werde. Mehrere Anhörungen seien versendet.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann befürwortet, die Klarstellung, dass es den laut Antrag vermeintlichen Ermessensspielraum der Verwaltung nicht gebe. Es sei wichtig dazulegen, dass es sich nicht um eine politische sondern rechtliche Angelegenheit handle. Er habe den Eindruck, dass es bereits mehrfach Bemühungen der Verwaltung gegeben habe, sich gütlich zu einigen und man könne sich nicht gegen geltendes Recht hinwegsetzen, auch wenn man auf der Seite der Bürger/innen stehe.

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Ratsmitglied Dirk Schneider stimmt zu, dass Rechtsgrundlagen zu beachten seien. Das Bauamt habe seiner Ansicht nach aber genauso bei der Festlegung des Außenbereichs die Grenze an den Graben setzen können.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass diese Aussage nicht korrekt sei. Der Flächennutzungsplan, der vom Stadtrat beschlossen worden sei, habe die Gesamtfläche definiert. Im Antrag der Familie habe der Planer besagte Linie zum Außenbereich bereits eingezeichnet.

Herr Michels erklärt, dass durch zwei Instanzen bestätigt wurde, dass die Abtrennung des Außenbereichs korrekt stattgefunden habe. Die Grenze zwischen Innen- und Außenbereich sei keine Linie, die gezogen worden sei, sondern Etwas, das sich durch die örtliche Situation ergibt. Er verweist auf die §§ 34 und 35 BauGB und versucht mehrfach die Rechtslage zum Thema Außenbereich zu erklären.

Ratsmitglied Neubert stellt klar, sich nicht gegen das Gesetz hinwegsetzen oder die Verwaltung zu einem bestimmten Verhalten drängen zu wollen. Er hätte gerne Informationen, wann durch wen der Außenbereich definiert worden sei und ob es einen Ermessensspielraum gebe bzw. ein Fehler bei dessen Ausüben in Frage käme.

Der Vorsitzende erklärt erneut, dass es kein Ermessen gebe und beide Gerichte entschieden hätten, dass sogar zu großzügig bemessen worden sei.

Ratsmitglied Wilhelm zeigt sich überrascht, dass der Stadtrat über ein Verwaltungsverfahren einzelner Fälle spreche. Sie findet es fatal, dass fälschlicherweise bei betroffenen Bürgern der Eindruck entstehe oder geschaffen werde, die Politik könne helfen. Der Stadtrat hätte höchstens im Februar 2016 helfen können, als die SPD im Bau- und Umweltausschuss angefragt hatte, ob eine Klarstellungssatzung erstellt werden könne.

Ratsmitglied Kaiser gibt an, die FDP-Fraktion sei der Meinung, dass Recht und Gesetz zu gelten haben, aber man sei auch für Gleichheit.

Der Vorsitzende weist Ratsmitglied Kaiser darauf hin, dass sie natürlich weiter sprechen dürfe, sich aber überlegen sollte, ob sie nicht gerade einen Fehler mache, der vielen Bürgern der Stadt schaden könnte.

Ratsmitglied Kaiser entscheidet, ihre Redemeldung auf den nicht-öffentlichen Teil zu verschieben.

Ratsmitglied Dirk Schneider sieht, dass sich die Verwaltung bemüht habe, eine Lösung zu finden, aber möchte ebenfalls wissen, wann vom wem ein entsprechender Beschluss gefasst worden sei.

Ratsmitglied Gries beantragt zur Geschäftsordnung, dass die Debatte beendet wird.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters hat kein Ratsmitglied eine Gegenrede. Damit wurde einstimmig (35 Stimmen) entschieden, die Debatte zu beenden.

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Verteiler:

Amt 30

Amt 60

I

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Punkt 15:
(öffentlich)

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Information über voraussichtliche Inhalte des Bebauungsplans "Truppacher Höhe" und den Verfahrensstand;
Möglichkeit der Diskussion
Vorlage: 10/0809/2017**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann führt den Antrag aus und gibt an, dass seinem Kenntnisstand nach die Fraktionsvorsitzenden des Verbandsgemeinderates nach der Verbandsversammlung des ZEF das genannte Gutachten erhalten hätten.

Der Vorsitzende gibt an, dieses Gutachten nicht zu kennen. Das Fachamt werde sich aber bei der Verbandsgemeinde erkundigen, das Gutachten einfordern und dieses dann auch gerne an den Stadtrat ausgeben. Zudem wolle er mit einer Diskussion im Stadtrat noch abwarten, was man bei dem Besuch des Präsidenten der Struktur- und Genehmigungsdirektion in der nächsten Woche erfahre. Bis dahin wird der Punkt verschoben.

Verteiler:

Amt 60

Wifö

10.1.1

Amt 30

Punkt 16: **Anfragen von Ratsmitgliedern**
(öffentlich)

1 **Anfragen von Ratsmitglied Dirk Schneider**

1.1 Photovoltaikanlage am Helmholtz-Gymnasium

Ratsmitglied Schneider bezieht sich auf die Begehung durch die „Wärme-Service Zweibrücken GmbH“, welche im Jahr 2004 die Dachflächen der Schulen, also u.a. des Helmholtz-Gymnasiums und 2016 die Fahrzeughalle der Feuerwache, die durch das Helmholtz-Gymnasium genutzt wird, auf ihre Umsetzbarkeit für eine Photovoltaikanlage geprüft habe. Er schlägt vor, im Schulhof des Helmholtz-Gymnasiums eine solche Anlage einzurichten oder diese als Wetterschutz und für den Stromertrag zu nutzen. Eine Bürgerenergiegesellschaft würde in dieses Projekt investieren. Er bittet die Verwaltung, zu prüfen, ob ein genanntes Projekt möglich sei und dabei das Helmholtz Gymnasium selbst, den Bau- und Umweltausschuss, die Stadtwerke, die Wärme-Service Zweibrücken GmbH und den UBZ einzubeziehen.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Entscheidung nicht für die Geschäftsführer anderer Bereiche getroffen werden könne. Er sichert aber eine Antragsprüfung, insbesondere hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit, zu.

1.2 Glasfaseranschluss in Rimschweiler – Neubaugebiet RI-17

Ratsmitglied Schneider möchte wissen, ob die Verwaltung darauf hinwirken würde, jedes der Grundstücke in Rimschweiler direkt an Glasfaser „Fiber to Home“ anzuschließen und welche Kosten hierdurch entstehen würden.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

1.3 Wasserversorgung der Haushalt durch die Stadtwerke

Die Stadtwerke betreffend, fragt Ratsmitglied Schneider, wie hoch die Anzahl der nicht durch die Stadtwerke mit Wasser versorgten Haushalte sei.

Zudem erkundigt er sich, ob es geplant sei, künftig alle Häuser anzuschließen.

Antwort der Verwaltung:

Zur Wasserversorgung erklärt der Vorsitzende, dass dies eine individuelle Entscheidung jedes Bürgers sei. Es gäbe Bürger, die - wie auch Ratsmitglied Scheider - einen Brunnen haben und entscheiden müssten, ob sie angeschlossen werden wollen oder eine Befreiung vom Anschluss und Benutzerzwang in Anspruch nehmen wollen. Es handle bei einer solchen Entscheidung bei den Einzelnen um eine Geldfrage. Es werde keine Sonderregelung geben, weil dieser Zustand nicht rechtens sei und ein Bürger dadurch Klagerechte habe, zu sagen, dass die Gebühren satzungsfremd verwendet werden würden, wenn man Nachlässe gewähren würde. Zudem existiere ein Plan darüber, welche Grundstücke versorgt seien und welche nicht. Weitere Informationen werde der Vorsitzende in einer Presseerklärung geben. Er versichert, dass jeder, der

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

angeschlossen werden möchte, einen entsprechenden Antrag stellen könne und alle anderen befreit seien. Es gäbe keine Bürger, die illegal Wasser entnehmen.

1.4 Vermeidung von Aufgrabungen

Ratsmitglied Schneider informiert bezüglich TOP I/5, dass entgegen § 3 Abs. 2 des Konzessionsvertrages, am Fasanerieberg 19 Aufgrabungen nach Fertigstellung erfolgt seien und die Fertigstellung nicht 10 Jahre her sei. Er bittet darum, künftig darauf zu achten, dass die Verlegung oder Erneuerung von Leitungen in Straßen – wie in § 3 Abs. 2 genannt – so zu planen sei, dass Aufgrabungen in neu hergestellten oder grundhaft erneuerten Straßen in den ersten zehn Jahren seit der Fertigstellung möglichst nur zur Schadensbeseitigung erfolgen.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende antwortet, dass Vergangenes nicht geändert werden könne. Der zuständige Arbeitskreis koordiniere die Maßnahme von Stadtwerke, UBZ und Straßenausbau und treffe sich monatlich um u.a. solche Fälle zu vermeiden.

2 **Anfrage von Ratsmitglied Dr. Ohler**

Bänke im Bereich des AWO-Seniorenzentrums

Ratsmitglied Dr. Ohler bezieht sich auf einen Antrag aus dem Jahr 2016 bezüglich des Aufstellens einer Bank an der Mauer zwischen dem AWO-Seniorenheim und der Allee. Den Antrag für die Bank stellt Herr Dr. Ohler im Auftrag der Bewohner des Seniorenheims und in seiner Funktion als Vorsitzender des Seniorenbeirats.

Antwort der Verwaltung:

Herr Boßlet sichert zu, nach der Fertigstellung des Anbaus am Seniorenheim am gewünschten Ort eine Bank aufzustellen und bis dahin eine provisorische Bank zu errichten.

3 **Anfrage von Ratsmitglied Burkei**

Bebauung Rimschweiler

Ratsmitglied Burkei hinterfragt, ob die Stadt im Punkt zum Bebauungsstreit in Rimschweiler zwingend das Recht einfordern müsse.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende informiert, dass eine entsprechende Anzeige vorliege und die Verwaltung danach verpflichtet sei, diesem Sachverhalt nachzugehen und die erforderlichen Rechtsfolgen einzuleiten. Die Stadt dürfe eine solche Anzeige nicht ignorieren.

4 Anfrage von Ratsmitglied Schanne-Raab

Kindertagesstättenbedarfsplan und Integrationshelfer

Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt, dass im Jahr 2016 ein Kindertagesstätten-Bedarfsplan erstellt worden sei, aus welchem sich ergebe, dass nur 87 % der Kinder zwischen drei und sechs Jahren einen Platz erhalten hätten. Die Warteliste sei zu diesem Zeitpunkt mit 70-80 Kindern entsprechend hoch gewesen.

Sie erkundigt sich, wie die Warteliste im Jahr 2017 aussehe und wie viele Kinder davon Deutsche und wie viele Migranten seien. Außerdem würde sie gerne wissen, wie viele keinerlei Deutschkenntnisse besitzen.

Weiterhin fragt Frau Schanne-Raab nach der Entwicklung der Integrationshelfer.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt schriftlich.

Herr Klein (Jugendamt) antwortet zur Frage nach den Integrationshelfern, dass man aktuell zwei Stellen besetzt habe und zwei weitere Stellen frei seien, weil die Bewerber/innen kurzfristig abgelehnt hätten.

5 Anfrage von Ratsmitglied Dr. Runge

Bickenalb

Ratsmitglied Dr. Runge erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich des ehemaligen Seniorenheims „Haus Bickenalb“.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende gibt an, dass es konkrete Pläne eines Investors gibt, welche jedoch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt seien.

6 Anfrage von Ratsmitglied Hemmer

Sportplatz im Bereich Kreuzberg

Ratsmitglied Hemmer wurde von einem Bewohner des Kreuzbergs gefragt, in wessen Besitz der ehemalige Sportplatz sei.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende führt aus, dass in der letzten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses ein Bebauungsplan zur Entwicklung der Hochschule in Form des Projekts „Start-Up-Centers“ mit Hilfe von Bund und Land aufgestellt worden sei. Einzelne Bürgerinteressen könnten bei diesem Projekt nicht berücksichtigt werden.

7 Anfrage von Ratsmitglied Weber

Personalausstattung Feuerwehr

Ratsmitglied Weber erkundigt sich, auf Grundlage des Katastrophenschutz- und Feuerwehrgesetzes, mit dem Hintergrund des Brandes im katholischen Krankenhaus, ob die Zweibrücker Feuerwehr eine ausreichende Personalstärke besitze.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende gibt an, dass die Personalstärke auf dem Haushalt der Stadt basiere. Es seien sechs Mitarbeiter bei der Feuerwehr beschäftigt, kürzlich seien zwei weitere hauptberufliche Feuerwehrmänner hinzugekommen, was prozentual einen großen Zuwachs darstelle. Es gäbe keine Fälle, in denen ein Einsatz wegen Personalschwäche gescheitert sei. Außerdem gäbe es eine Art Nachbarschaftshilfe, bei der im Falle eines Einsatzes die Feuerwehren der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land, der Flughafenfeuerwehr sowie der Stadt Homburg zur Hilfe gezogen werden können.

Verteiler:

Amt 60
Amt 81
Wifö
Amt 84
Amt 30
Amt 51
Amt 32
Amt 10

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Punkt 17: Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse (öffentlich)

Der Vorsitzende gibt die im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse bekannt:

1. Es werden drei Personen bei der Stadtverwaltung eingestellt.
2. Es wird ein Vertrag im Bereich Wärmeerzeugung abgeschlossen.
3. Der Verleihung der Stadtplakette in Bronze an eine Person wurde zugestimmt. .

27. Sitzung des Stadtrates am 28.06.2017

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19:30 Uhr.

Der Vorsitzende

Oberbürgermeister Kurt
Pirmann

Die Schriftführer

Jörg Eschmann

Alessa Buchmann